

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neu- Nachrichten) — (Niederwallener Zeitung)

Anzeigen
Kosten die einseitige Kolonietzelle
oder deren Raum 15 Bfg.
Für auswärtige Besteller 20 Bfg.
Reklamen 60 Bfg.

Bezugspreis
monatlich 80 Bfg., mit Bringer-
lohn 85 Bfg. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2.55 Mk.
auschl. Bestellgeld.

Fernruf Nr. 164.

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erscheint: Dienstag,
Donnerstag, Samstag

Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.

Verantwortlicher Schriftleiter
Wilh. Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 164

Nr. 124.

Samstag, den 19. Oktober 1918.

26. Jahrgang

Die deutsche Antwortnote.

Eine bevorstehende Volkskundgebung.

In Berlin, 18. Okt. Heute Abend findet abermals eine Sitzung des engeren Rates statt, in der über die endgültige Form der Antwortnote beschlossen werden dürfte. Als ziemlich feststehend kann angesehen werden, daß die Note eine scharfe Abwehr der Wilsonschen Behauptungen über die Unmenslichkeit der deutschen Kriegführung, im übrigen aber im mindesten so weit ein Entgegenkommen zeigen wird, daß sich weitere Verhandlungen ermöglichen.

Heute Nacht dürfte der endgültige Wortlaut der Note festgelegt werden, die Note wird aber voraussichtlich erst morgen abgesandt und voraussichtlich morgen nachmittag erst in Deutschland veröffentlicht werden. Gutem Vernehmen nach besteht die Absicht, gleichzeitig mit der deutschen Antwort an Wilson einen Aufruf der Reichsleitung an das deutsche Volk zu veröffentlichen. Die Note wird vor der endgültigen Abfassung auch den Führern der Reichsparteien zur Begutachtung vorgelegt werden. Wie die „Voss. Zig.“ meldet, dürften an diesen Verhandlungen auch die Vertreter der unabhängigen Sozialdemokraten teilnehmen. Das geschieht auf ausdrücklichen Wunsch dieser Partei. Die Abgeordneten Haase und Ledebour sind heute bei dem Reichstagspräsidenten erschienen und haben ihm den Wunsch der unabhängigen Sozialisten mitgeteilt, sich an den Beratungen über die Antwortnote an Wilson zu beteiligen, um den entschlossenen Willen des Volkes zur notgedrungenen Verteidigung auszudrücken.

Die gestrigen Beratungen des engeren Rates haben acht Stunden gedauert. An ihnen hat nicht nur der erste Generalquartiermeister Ludendorff, sondern auch der Leiter des Admiralsstabes Scheer hervorragend teilgenommen. Dieser hat verschiedene Auskünfte über Flottenfragen, über die Stützpunkte der U-Boote, über das Schicksal von Ostende und Brügge und die Möglichkeit einer Blockade von Helgoland erteilt. General Ludendorff ist gestern Nacht wieder abgereist.

Der Reichstag wird am Dienstag nachmittag 2 Uhr zusammentreten, das Haus wird sich aber wahrscheinlich nicht mit außenpolitischen Fragen befassen, vielmehr soll die Änderung des Artikels 11 der Reichsverfassung und die Anteilnahme des Reichstages an der Entscheidung über Krieg und Frieden auf die Tagesordnung gesetzt werden. Der Reichskanzler wird in dieser Sitzung das Wort erheben.

Beratungen in Berlin und Wien

Der Chef des Admiralsstabes der Marine, Admiral Scheer, ist in Berlin eingetroffen. Die Reichsregierung berät andauernd über die Antwortnote des Präsidenten Wilson. Bei den Verhandlungen dürfte in erster Linie auch die militärische Seite der Frage auf Grund sachverständiger Urteile erörtert werden.

Die nächste Plenarsitzung des Reichstages ist noch unbestimmt. Wahrscheinlich findet sie am Montag statt. Die deutsche Regierung befindet sich jetzt im Besitz des amtlichen Wortlautes der letzten Wilsonnote.

Der Wiener Parlamentarier erklärte Graf Burian: Bei Beratung der Schicksalsfrage, welche jetzt zwischen uns und unseren Gegnern gewechselt werden, ist stets das Einvernehmen mit Deutschland herzustellen. Das bedingt nur eine ganz kurze Zeit der Verständigung; aber es können auch 24 Stunden vergehen. Eine kurze Aussprache mit Berlin ist immer erforderlich, damit unsere beiderseitigen Standpunkte nicht einmal in einer Nebensache in Widerspruch geraten.

In Wiener politischen Kreisen erachtet man die Möglichkeit einer Fortsetzung auch jetzt noch für gegeben, erklärt aber, daß die Entscheidung Deutschlands zur Fortsetzung der Verhandlungen auf eine schwere Probe gestellt ist.

Die drei neuen Fragen.

Ein holländisches Telegramm berichtet über die Stimmung in den Parlamenten in Paris und London. Die französischen Abgeordneten behaupteten, daß Wilson dadurch, wie er seine Fragen ausarbeite und neue stelle und die Punkte bezeichne, die aufgeführt werden müssen, eigentlich bereits Verhandlungen begonnen habe, wie dies zwischen Siegern und Besiegten üblich sei, und die Möglichkeit ausschalte, später noch einmal land eine endgültige Antwort auf die drei neuen von über dieselben Punkte zu verhandeln. Falls Deutsch-Wilson aufgestellten Punkte abgebe, würde die Frage eines Waffenstillstandes und des Friedens einen entscheidenden Schritt vorwärts gekommen sein. Diese drei Punkte sind folgende:

1. Aufhebung der barbarischen Tauchbootangriffe und der Verheerung von Städten und Dörfern, wie dies jetzt beim Rückzug der deutschen Truppen in Frankreich und Belgien geschehe;

2. Anerkennung des gegenwärtigen militärischen Uebergewichts der Alliierten, das ihnen das Recht gibt, militärische Garantien für einen Waffenstillstand zu fordern;

3. Schließlich die Verpflichtung Deutschlands, zu erklären, daß in Deutschland ein Umschwung erfolgt ist, ferner Garantien, daß die alte Autokratie allgemein bei den Verhandlungen über den Frieden nicht mehr auftauchen wird.

Diese drei Punkte faßten die Wünsche Frankreichs und aller anderen Alliierten zusammen.

Durch diese Formulierung der neuen Wilsonschen Note wird die deutsche Antwort vereinfacht. Auf den ersten Punkt kann nur mit der Feststellung der wahren deutschen Kampfmethode geantwortet und gegen die Verleumdungen protestiert werden. Der dritte Punkt kann als erledigt gelten.

Die Antwort auf die zweite Forderung muß eine Abweisung des Gewaltfriedens sein und die Sicherung eines Rechtsfriedens nachdrücklich betonen.

Wilson's „richtige Methode“.

Eine Londoner Ministerkonferenz faßte den Beschluß, daß Wilson seine Antworten geben soll, ohne die Alliierten vorher zu befragen. Die Methode des Präsidenten Wilson wurde unter den gegenwärtigen Umständen für vollkommen richtig befunden und von den alliierten Regierungen gutgeheißen. Die Parzifisten seien vollkommen befriedigt und beabsichtigen nicht, eine Debatte im Parlament hervorzurufen.

Die Lage auf den Schlachtfeldern

Das Wichtigste nicht vergessen!

Fast scheint es, als wäre uns in den Verhandlungen mit Wilson das Interesse für die „andere Seite“, für die Kriegslage selber, abhanden gekommen. Und doch liegt noch immer auf den Schlachtfeldern die Hauptfrage des Krieges, und wir haben alle Veranlassung, uns gegenüber den feindlichen Bluff-Verfuchen ein klares Urteil zu bewahren.

Hören wir, was der berühmte schweizerische Militärkritiker, Stegemann, sagt:

Tatsächlich vollziehe sich bereits die von Wilson gewünschte Räumung, freilich in der Art, daß der von den Alliierten zurückeroberte Boden ein unbegrenztes Schlachtfeld darstellt, das als solches der Verfassung und Zerstörung anheim fällt.

Stegemann fährt dann fort:

„Nun fragt man sich billig und zwar nicht nur vom politischen, sondern auch vom strategischen und nicht zuletzt vom humanitären Standpunkt, warum unter solchen Umständen nicht eine rasche Einigung und eine zeitlich und räumlich begrenzte Waffenruhe in die Wege geleitet und erzielt werden kann. Denn die Räumung in Gestalt einer ostwärts stampfenden Schlacht, in der alles unter die Äste getreten wird, erfolgt, ist schwer zu verstehen, wenn von den zur Räumung Aufgeforderten die Preisgabe des besetzten Gebietes bereits zugesichert worden ist. Beharrt der Angreifer unter diesen Umständen darauf, dem gezwungen, aber methodisch Linie für Linie preisgebenden Verteidiger in Gefechtsfähigkeit zu folgen, so weckt er Schlag auf Schlag, und zwar muß er selbst schlagen, um dem Feinde, der anderweitig standhalten und den Angreifer nach Kräften schädigen muß, weil er nicht ins Kollern kommen darf, ein Geßel aufzulegen, das dieser für geraume Zeit anerkannt hat. Die Fortsetzung der Schlacht ist unter solchen Umständen nur zu verstehen, wenn man voraussetzt, daß es sich um den Austrag des Krieges mit den Waffen handelt und diesem Endsieg alle anderen Erwägungen nachgeordnet werden. Unter diesem Gesichtspunkt handeln die Alliierten konsequent.“

Dagegen handeln die Deutschen und Österreicher nicht nur unter dem militärischen, sondern auch unter dem politischen Gesichtspunkt folgerichtig. Sie weichen auf ihre Grenzen und ihre Kraftquellen zurück. Uns scheint sicher zu sein, daß die Fortsetzung der Operationen und Verhandlungen von der Art, wie sie jetzt zwischen Deutschland und Amerika gepflogen werden, sich nicht lange parallel bewegen können, denn sie widersprechen sich im Geiste und in den Mitteln, obwohl, wie wir wiederholen wollen, die erzwungene deutsche Konzentration dem Sinne der politischen Handlungsweise der erneuerten deutschen Regierung entspricht. Gelingt es noch weder ein Durchbruch in der Richtung Valenciennes mit Umfassung der in den Argonnen verantworteten Armeegruppe des Kronprinzen Wilhelm und des Generals von Gallwitz, noch eine Absperrung des rechten Flügels in Flandern, wo die Deutschen von dem Besitz der heute nicht mehr zu wertenden flandrischen Küste nicht zu viel opfern dürfen, so kann von stehender Schlacht im Sinne einer Ordnung der höchsten Entscheidungsoperation noch nicht mit Sicherheit gesprochen werden.

Warum Bulgarien abfiel.

Friede infolge — Tabakspulation.

Und demokratische Verfassungsvorschriften wurden einfach von den Entente-Feinden mit Füßen getreten!

Die Weltgeschichte blättert bei dem bulgarischen Verrat an den Mittelmächten ihre Papiere schnell auseinander. Der Sensationsandrang englischer Journalisten zieht den Vorhang vor der Trennungsbombe weg. Schamlos rechnet man es sich zur Ehre an, daß der amerikanische Geschäftsträger in Sofia die Verleitung der Verbrecher-Regierung des Walknow so schön „gesingert“ habe. Der geschäftlich im Kriege zutragene Londoner „Daily Telegraph“ sucht auch umlangreiches „aus der Schule zu plaudern“ mit Hilfe seiner früher journalistisch berühmten diplomatischen Beziehungen die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Er schildert die Unterfütterung der Wilsonschen Friedenspropaganda in Bulgarien recht eingehend und knüpft dann an das Angebot der Feinde an, einen großen Teil der bulgarischen Kriegsschulden zu übernehmen:

„Als dies in der vorigen Woche in den politischen Kreisen von Sofia bekannt wurde, hat das Angebot seine Wirkung auf die Bulgaren nicht verfehlt und sicher auch dazu beigetragen, um der Regierung den Entschluß zur Eröffnung von Unterhandlungen zu erleichtern.“

Der König wollte anfänglich nichts davon hören, zog jedoch — was sehr auffiel — bei den Besprechungen mit verschiedenen Personen — auch ausländischen Privaten — nicht die politischen Vertreter der Bundesgenossen hinzu. Am Abend des 24. September wurde ein Kronrat abgehalten, woran auch der frühere Ministerpräsident und der Kronprinz teilnahmen. Die Regierung bestand auf ihrem Vorschlag, durch Vermittlung des amerikanischen Bevollmächtigten in Unterhandlung mit den vereinigten Mächten zu treten. Der König und der Kronprinz waren und blieben dagegen, und es wurde kein Beschluß gefaßt.

In der Stadt Sofia merkte man von allen diesen ersten Vorfällen wenig oder gar nichts. Als Vorsichtsmaßregel gegen das Treiben von sozialistischer Seite nach der Einberufung der Sobranje (das Parlament), die allein über eventuelle Fortsetzung des Krieges oder über Friedensbedingungen entscheiden kann und darf, hatte die Regierung nur den Verkehr in der Stadt zwischen 9 Uhr abends und 5 Uhr morgens verboten. Die öffentliche Meinung war größtenteils für Eröffnung von Unterhandlungen. Die neuen Kriegsgewinnler waren dafür, weil sie ihr Vermögen in Paptergeld und in Erzeugnissen (hauptsächlich Tabak) verlieren würden, wenn die weitere Fortsetzung des Kampfes für Bulgarien eine verhängnisvolle Wendung nehmen würde, und die übrige Bevölkerung aus Furcht vor Hungersnot und dem Elend eines Winters ohne Brennmaterial und Schutz vor Kälte. Man sah in der Tat für Bulgarien nichts Verlockendes mehr darin, noch länger an der Seite einer Gruppe zu bleiben, die auf allen Kriegsschauplätzen nur noch der verlierende Teil war.“

Man kann dem Londoner Blatte nur dankbar sein, daß es diese Entwicklung so nett darstellt. Nun wissen wir also:

1. Daß Bulgarien Frieden macht, um die Tabakgewinne der Kriegsgewinnler-Spitzbuben zu schützen: diese Hallunken sitzen nämlich in unmittelbarer politischer Nähe des Friedensministerpräsidenten Malinow; 2. daß die Entente mit Hilfe dieses selben Tabak-Spekulanten-Beschützers Malinow den Frieden gemacht hat entgegen den sonst so laut als Entente-Ideale gepredigten demokratischen Selbstbestimmungsrechten der Völker den Frieden hinter den Rücken des Volkes („man merkte ja nichts“) und unter Vorsichtsmahregeln (!!) gegen das Parlament (!), dessen Einberufung Malinow trotz der königlichen Einberufungsbefehle zum 30. September einfach nicht vorgenommen hat. Wahrlich, das Bild der Ehrlichkeit der Entente in demokratischen Dingen wird immer zweifelhafter.

Der „Weltbolschewismus“.

„Regierung Haase-Redebour?“

Unter der Überschrift „Regierung Haase-Redebour“ schreibt der „Vorwärts“, das Zentralorgan der offiziellen, alten Sozialdemokratie:

„In einigen Fabriken Groß-Berlins sprechen manche Leute von einer Regierung Haase-Redebour als von einem kommenden Ereignis. Haase-Redebour ist für sie ungefähr die deutsche Uebersetzung von Trotzki-Lenin. Die Regierung Haase-Redebour soll die Diktatur des Proletariats verkörpern, die auf die Herrschaft der Arbeiterräte gegründet sein soll.“

Einige Tage vorher hatte der sozialistische Londoner „Common sense“ in einem Artikel gegen den Premierminister Lloyd George gesagt, er fange ansehnend an zu begreifen, daß die ganze Welt vor großen wirtschaftlichen und kulturellen Erschütterungen stehe.

Jetzt kommt man allmählich dahinter, woher diese Gerüchte ausgehen. Man hat schon früher der russischen Bolschewik-Regierung Lenin-Trotzki nachgesagt, sie habe ungeheure Gelder — von 18 Milliarden war die Rede — in die Schweiz geschafft, um damit in allen kriegsführenden Ländern die „Diktatur des Proletariats“ zu errichten, die mit Gewalt dem Kriege ein Ende machen sollte. Trotzki hat es auch bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk offen ausgesprochen, daß er darin das einzige Mittel zur Beendigung des Krieges sehe.

Nach sozialdemokratischen Blättermeldungen scheint diese Propaganda jetzt schärfer eingesetzt zu haben. Die bolschewistische Regierung Rußlands läßt, wie aus dem Christenlaier „Socialdemokraten“ hervorgeht, von ihren diplomatischen Vertretern einen Beschluß des Moskauer „Zentralen Exekutivkomitees“ verbreiten, der die Uebersetzung ausspricht, daß die bolschewistische Revolution in Deutschland wie auch in den Entente-Ländern bevorstehe. — Dieser seltsame Beschluß der Moskauer Zentrale führt eine sehr scharfe Sprache. Da heißt es:

„Die Ketten, die die englisch-französischen und japanisch-amerikanischen Räuber den Völkern bringen,

sind nicht im mindesten besser als die deutsch-österreichischen Ketten.“

Der Kampf zwischen den englisch-amerikanischen und österreichisch-deutschen Räubern kann jeden Tag in einen Kampf zwischen dem Imperialismus und der deutschen Arbeiterklasse verwandelt werden. Das Russische Zentrale Exekutivkomitee erklärt vor der ganzen Welt, daß das ganze Sowjet-Rußland in diesem Kampfe mit allen Kräften und allen möglichen Mitteln die deutschen Arbeiter beschützen wird.“

In diesem Aufrufe, der offenbar die Ausgabe für Deutschland ist, werden die Engländer in Nordrußland und die Tscheche-Slowaken noch „Banditen“ genannt, gegen die mit doppelten Kräften zu kämpfen sei, „um gleichzeitig eine wirksame Hilfe für die Arbeiterklasse Deutschlands und Österreichs vorzubereiten, sowohl in militärischer Hinsicht wie in Bezug auf Lebensmittel.“

Der sozialdemokratische „Vorwärts“ nennt diesen Aufruf „kindische Renommisterei“ und mahnt die Trozki und Genossen:

„Wenn die Bolschewiki ihrer Sache näher wollen, so sollen sie zunächst einmal in Rußland zeigen, wie man ein Volk frei und satt macht, dann werden alle Völker der Welt mit allen Mitteln das gleiche Glück anstreben.“

Vier neue Staaten in Oesterreich

Für Freitag wird eine Kundgebung Kaiser Karls angekündigt, der eine Auflösung Österreichs in mehrere selbständige Staaten verspricht. In Zukunft wird es geben ein Kaiserreich Oesterreich, ein Kaiserreich Böhmen, ein Kaiserreich Galizien und ein Kaiserreich Illyrien.

Den Polen Westgaliziens und Ostgaliziens wird die Freiheit der Entscheidung gewährt, sich an das Königreich Polen anzuschließen. Triest soll reichsunmittelbar werden.

Der deutsch-österreichische Staat dürfte aus den alten innerösterreichischen Provinzen Ober- und Niederösterreich, Steiermark, Salzburg, Nord- und Mitteltirol, Kärnten und den deutschen Teilen Böhmens bestehen. Unentschieden ist das Schicksal Südtirols.

Der tschechische Staat dürfte sich aus Böhmen und Teilen von Mähren zusammenfassen, während die deutschen Teile Mährens, besonders das nördliche und das nördliche Mähren, ferner Westschlesien und Teile von Ostschlesien zum deutsch-österreichischen Staat geschlagen werden dürften. Auf Ostschlesien erheben die Polen Ansprüche.

Der illyrische Staat soll die slowenischen Teile der Steiermark, Krain, das Küstenland mit Ausnahme von Triest und Dalmatien umfassen. Der Name Illyrien stammt wohl aus der napoleonischen Zeit. Napoleon hatte ein Königreich Illyrien gegründet.

Aus Ostgalizien, das überwiegend von Ukrainern bewohnt wird, soll das Kaiserthum Galizien gegründet werden, so benannt nach der Stadt Galiz, die einst die Hauptstadt des ukrainischen Staates gewesen war.

Die bosnische, herzegowinische und rumänische Frage bleiben mit Rücksicht auf Ungarn noch offen.

Gemeinsam würde diesen Staaten das Reichsoberhaupt und die Verteidigung nach außen sein. Vermutlich sollen sich die vier Staaten zu einem Staatenbund zusammenschließen, zu einer dauerhaften Verbindung in dem Sinne, „daß, wenn auch das Schwergewicht durchaus auf die einzelnen Staaten und deren Organe fällt, dennoch ein geordnetes Zusammenwirken stattfindet und die Verbindung auch völkerrechtlich wie ein gemeinsames Staatswesen betrachtet wird.“

Das unabhängige Ungarn.

Ungarn soll künftighin mit Oesterreich nur den Herrscher gemeinsam haben. Der Dualismus, das ist die Zusammensetzung der Donaumonarchie aus zwei großen politisch und wirtschaftlich selbständigen Gebieten, die durch Realunion, d. h. durch engste Verknüpfung ihrer gemeinsamen Interessen verbunden sind, soll aufgehoben werden. Oesterreich und Ungarn sollen künftighin nur einen gemeinsamen Herrscher haben, dagegen besonders auf dem Gebiete des Heerwesens, der äußeren Politik und der wirtschaftlichen Interessen völlig voneinander getrennt sein.

Die Neuordnung schließt nicht aus, daß zwischen Ungarn und dem neuen Staatenbund gemeinsame Einrichtungen geschaffen werden zur Beratung und Vertretung der gemeinsamen Interessen. In territorialer Beziehung soll Ungarn durch das gegenwärtig noch zu Oesterreich gehörende Kronland Bukowina erweitert werden, doch werden sich gegen diesen Anschlag zweifellos die Deutschen und die Bukowinaer Ukrainer aufs äußerste wehren. Unentschieden ist noch, ob Kroatien und Slavonien, die gegenwärtig mit der Stehanskrone vereint sind, aus dem ungarischen Staatsverbande auscheiden und etwa mit den heutigen Reichsländern Bosnien und der Herzegowina zu einem neuen Staatsgebilde vereinigt werden.

DEUTSCHES GUT FÜR DEUTSCHES BLUT!

Persönlicher Schneider, treudeutscher Mut sichern dem deutschen Flieger den Sieg. Rittmeister Freiherr Manfred von Richthofen hat uns dies bewiesen. Sein Heldengeist lebt in uns deutschen Kampffliegern fort und spornt uns an zu neuen Taten, zum Mitterringen des Endsieges im Vertrauen auf die Hilfe der Heimat.



Rittm. Manfred
Frhr. v. Richthofen
für sein Vaterland
gefallen
21 April 1918

Lothar Frhr. v. Richthofen
Leutnant.

Reichstag und Regierung über die Sicherheit der Kriegsanleihen

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts, Graf von Roeder, hatte mit Parteiführern des Reichstages eine Aussprache über die Kriegsanleihen. Es waren mit dem Reichstagspräsidenten Fehrenbach, vom Zentrum die Abgeordneten Gröber und Trimborn, von den Sozialdemokraten die Abgeordneten Abert und Scheidemann, von den Konservativen die Abgeordneten Graf von Helldorf und Dietrich, von der Fortschrittlichen Volkspartei die Abgeordneten Wiemer und Fischel, von den Nationalliberalen die Abgeordneten Stresemann und Loh, von der Deutschen Fraktion die Abgeordneten Freiherr von Camp und Schulz-Braunberg erschienen.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts erklärte u. a. folgendes:

„Man fragt nach der Sicherheit der Anleihen. Die Anleihen sind gesichert, formell durch das Versprechen von Regierung und Reichstag; materiell durch das, was hinter ihnen steht, die Arbeits- und Steuerkraft des ganzen deutschen Volkes. Treffend hat man die deutsche Kriegsanleihe als eine Hypothek auf unser Volksvermögen bezeichnet. Unser Volksvermögen steht in der Hauptsache noch unangefastet da.“

Das deutsche Volkseinkommen bietet eine Gewähr dafür, daß auch der Zinsendienst der Kriegsanleihen gesichert ist.

Bundesrat und Reichstag sind gewillt, den eingegangenen Verpflichtungen gerecht zu werden, insbesondere für Deckung der Kriegsanleihezinsen in voller Höhe Sorge zu tragen.

Bei allen Steuern, die noch kommen, wird der Besitzer von Kriegsanleihe nicht schlechter gestellt werden wie der, der seiner Pflicht zur Zeichnung in dieser schweren Zeit nicht nachgekommen ist. Ich trete sogar dafür ein, daß derjenige, der sein Vaterland in schwerer Zeit finanziell nicht im Stiche gelassen hat, bevorzugt werden soll.

Die Kriegsanleihe ist eine Volksanleihe im besten Sinne des Wortes geworden, sie ist bereits jetzt in den Händen von Millionen zum großen Teil wenig bemittelter deutscher Reichsangehöriger, sie bildet den Grundstock des Vermögens ungezählter Sparkassen, Genossenschaften, wohltätiger Stiftungen, die unseren Ärmsten dienen. Und weil das der Fall ist, würde kein Parlament und keine Regierung es wagen können, durch gesetzliche Maßnahmen an der Sicherheit ihres Zinsertrages zu rühren.“

Die Parteiführer des Reichstages

erklärten ihre volle Uebereinstimmung mit der Auffassung, daß es weiter für Reichstag und Reichsregierung erste Pflicht sein muß, den Zinsendienst der Kriegsanleihen in zugesagter Höhe mit allen Mitteln sicherzustellen, und daß der Besitzer von Kriegsanleihe bei allen steuerlichen und sonstigen Maßnahmen keine Benachteiligung, vielmehr nach Möglichkeit eine Begünstigung erfahren soll. Für die Durchführung dieses Bestrebens wird schon die Tatsache, daß unsere Anleihen Volksanleihen im besten Sinne des Wortes sind, die sich zum größten

Händen von Millionen wenig begüterter Volksgenossen befinden,



Die Erinnerung an Richthofen

mahn das deutsche Volk zur Zeichnung auf die 9. Kriegs-Anleihe.

Leicht Euer Geld dem Vaterland!

Wach ist es ratsam, daß die Kranken noch einige Tage nach der Entfieberung das Bett oder wenigstens das Zimmer hüten und sich auf diese Weise vor einem Wiederauflauern der Krankheit bewahren. Daß bei jeder Erkrankung der Arzt sofort zu Rate zu ziehen ist, ist wohl selbstverständlich und ein Gebot der Selbsterhaltung. Von der Einführung der Anzeigepflicht bei Grippe ist aber bei der eigentümlichen Natur der Erkrankung kein Nutzen zu erwarten, da eine Isolierung der Kranken bei der großen Ausbreitung der Epidemie nicht durchführbar ist und da auf die Anzeige keine besonderen wirksameren Schutzmaßnahmen erfolgen könnten.

Die 1/4-Markstücke sollen nunmehr gleichfalls zur Einziehung gelangen und den bereits aus dem Verkehr gezogenen 2-Mark und den 25-Pfennigstücken folgen, um in anderer Weise dem Vaterland nutzbar gemacht zu werden. Als Ersatz werden neue Stücke aus einem anderen Metall folgen, mit deren Prägung die staatlichen Münzen bereits befaßt werden. Mit dem 31. Dezember d. Js. verlieren die jetzigen 1/4-Markstücke ihre Eigenschaft als öffentliches Zahlungsmittel, danach werden sie nur noch von Staats- und ähnlichen Kassen angenommen werden.

Die Zahl der Postpakete, die weder dem Empfänger ausgehändigt noch an die Absender zurückgegeben werden können, ist noch immer groß. Das ist darauf zurückzuführen, daß sich die nicht haltbar genug beschriftete Aufschrift der Pakete — insbesondere bei dem jetzt mangelhaften Klebstoff — unterwegs ablöst und daß in den Paketen keine Angaben enthalten sind, die beim Fehlen der Paketaufschrift Auskunft über Empfänger und Bestimmungsort geben. Es empfiehlt sich, in die Pakete, bei denen es die Verpackung ermöglicht, oben auf einen Zettel mit dem Namen, dem Wohnort und der Wohnung des Empfängers zu legen, damit aufschriftlos gewordene Pakete den Empfängern zugeführt werden können.

Der Materialwert der eisernen Kreuze. In diesem Kriege sind bisher über 1 544 000 eiserne Kreuze an deutsche Truppen und solche der verbündeten Armeen verliehen worden. Hiervon entfallen über 1 463 000 Stück auf die 2. Klasse und über 81 000 auf die 1. Klasse. Das Gewicht eines Kreuzes beträgt etwa 18 Gramm, und zwar werden 9 Gramm Gussblei und fast die gleiche Menge Feinsilber gebraucht. An Eisen sind 13 900 Kilogramm und an Silber 12 850 Kilogramm verarbeitet worden. Für ein eisernes Kreuz 2. Klasse wird am schwarz-weißem oder weiß-schwarzem Bande ein drittel Meter gebraucht; es sind somit für 1 463 000 Kreuze über 487 700 Meter verbraucht worden.

Wie der Feind sich aus Voss wendet. Kürzlich ist in Mitteldeutschland ein Ballon aus imprägniertem Seidenpapier niedergegangen, der Broschüren mit aufreizendem Inhalt führte. Da er mit Westwind kam, ist anzunehmen, daß er hinter den feindlichen Linien aufgelassen worden ist. Derartige Versuche, die Eingeleit des deutschen Volkes zu zerrütten, werden mutmaßlich nicht vereinzelt bleiben. Es ist daher im vaterländischen Interesse dringend erwünscht, daß Ballons mit solchem Inhalt von dem Feinde sofort der nächsten erreichbaren Militär- oder Zivilbehörde zur Weitergabe an das zuständige stellv. Generalkommando übergeben werden.

Der Postverkehr mit dem Auslande. Halbmächtig wird eine längere Auslassung über den Postverkehr mit dem Auslande veröffentlicht. Ihr sei folgendes entnommen: „Die Erfahrungen haben gelehrt, daß die feindlichen Agenten, die sich noch zahlreich in Deutschland aufhalten, besonders Ansichtskarten und Photographien sowie Druckschriften verwendet haben, um ihre geheimen Nachrichten in das Ausland gelangen zu lassen. Es hat sich deshalb als notwendig erwiesen, den Versand von Ansichtskarten auf aufgezogenen Photographien nach dem Auslande und den besetzten Gebieten zu untersuchen und von der Beförderung dorthin auch Druckschriften auszuschließen, soweit sie nicht von Firmen aufgeliefert werden, die an der Beförderung solcher Druckschriften ein gewerbliches Interesse haben und zur Aufrechterhaltung besonders zugelassen sind. Gerade auf und in Ansichtskarten mit ganz harmlosen Darstellungen haben sich geheime Meldungen befunden. Die Schwierigkeiten, die die Überwachung des Postverkehrs bereitet, haben ferner zu folgenden Bestimmungen geführt:

1. Briefe und Postkarten nach dem Auslande, auf denen nicht der Vor- und Zuname des Absenders und sein Wohnort nebst Straße und Hausnummer mit deutlicher Schrift angegeben ist, werden nicht befördert.
 2. Bei Briefen nach dem neutralen Auslande dürfen keine gefüllten Briefumschläge verwendet werden.
 3. Privatbriefe nach dem neutralen Auslande können wegen zu großen Umfanges der Mitteilungen von der Beförderung ausgeschlossen werden.
 4. Briefe nach dem neutralen Auslande, die unlesbar sind, werden als unzulässig zurückgewiesen.
- Auch allgemein verständliche Ausdrucksweise ist unbedingt erforderlich. Andeutungen, die für die Überwachungsstellen nicht verständlich sind, führen zur „Inhaltung.“

Letzte Nachrichten.

Noch lange Krieg.

Berlin, 18. Okt. „Nach den Baseler Nachrichten“ haben verschiedene hochstehende englische Persönlichkeiten erklärt, der Friedensvorschlag könne nicht angenommen werden. Der Krieg werde noch lange dauern, wobei offenbar angenommen wird, daß Deutschland noch ein kampffähiges Heer besitzt, mit dem es auf zahlreichen Verteidigungslinien noch lange den Kampf fortsetzen könnte. Der englische Vorkämpfer in Washington erklärte auf einem Essen in London: Wir müssen nicht auf baldige Beendigung des Konfliktes zählen. Das jetzt eröffnete neue Kapitel ist voll Schwierigkeiten.

Rundgebungen an den Reichskanzler.

Berlin, 18. Okt. Der Reichskanzler hat anlässlich der Antwort Wilsons von den verschiedensten Seiten Telegramme und briefliche Rundgebungen erhalten, in denen die Entschlossenheit zur Verteidigung des Vaterlandes aus-

gesprochen wird. Er läßt durch die Presse sagen, daß er mit besonderem Dank von dem kraftvollen Ausdruck des Willens Kenntnis genommen hat, für das Vaterland in seiner schwersten Zeit mit allen Mitteln einzustehen.

Volkminister an die Front!
 Berlin, 18. Okt. In parlamentarischen Kreisen, die der Regierung nahestehen, ist eine starke Strömung vorhanden, die in steigendem Maße darauf dringt, daß Redner aller Parteien, insbesondere aber die neuen Volksvertreter, Volksstaatssekretäre und Volksunterstaatssekretäre an die Westfront gehen, um dort den Truppen den wahren Stand der innen- und außenpolitischen Dinge offen auszusprechen.

Ämtliche Bekanntmachungen.
 Als gefunden ist gemeldet:
 3 einzelne Schlüssel.
 Näheres auf Zimmer 1 des Rathauses.
 Schierstein, den 18. Oktober 1918.
 Der Bürgermeister: Schmidt.

Bekanntmachung.
 Die Liste der Handwerker, die sich an der Abkündigung über die Errichtung einer Zwangsinnung für das Schneiderhandwerk im Bezirke der Gemeinden des Landkreises Wiesbaden und Rheingau beteiligt haben, liegt in der Zeit vom 25. Oktober dieses Jahres bis zum 7. November 1918 im Zimmer 6 des Landratsamtes Lessingstraße 16, hier, zur Erhebung etwaiger Einsprüche der Beteiligten öffentlich aus.
 Nach Ablauf dieser Frist angebrachte Einsprüche bleiben unberücksichtigt.
 Wiesbaden, den 15. Oktober 1918.
 Der Kommissar:
 von Heimbürg.
 Der Landrat.

Schwere Hannoveraner Ferkel zu haben bei Herziger. Dickwurz gesucht. Gef. Angebote an Herziger, Viebricherstr. Kirchliche Nachrichten. Evgl. Kirche. Sonntag, den 19. Okt. 1918. Außerordentlicher allgemeiner Landesversamml. 10 Uhr Hauptgottesdienst. 11 Uhr Kindergottesdienst. 3 1/2 Uhr Konfirmandinnen. 8 Uhr Bibelstunde: „Ich habe gelernt.“ (Schreiber). Montag Abend Missionsverein. Missionar Schreiber, Pfarrverweiser. Arbeiter und Arbeiterinnen finden dauernde Beschäftigung. Sektellerei Söhleln.	Ein junger Hund zu verkaufen. Viebricherstr. 23. Wohnung, 3 Zimmer, an kinderloses Ehepaar zu vermieten. Zu erfragen in der Geschäftsstelle. Starkes Läuferfchwein zu kaufen gesucht. H. Ermerdt Wwe. Haus mit zirka 10 Räumen, Stallungen oder passendem Gelände zu kaufen gesucht. Off. u. S. N. 400 an die Geschäftsstelle d. Ztg. Zuverlässiges Mädchen stundenweise oder tagsüber gesucht. Zahl wird vergütet. Viebrich, Adolfstr., 11 I.
---	--

Schicken Sie Bilder ins Feld.

Aufnahmen an trüben Tagen und abends bei elektrischem Licht.

Photograph Stritter
Viebrich, Rathausstrasse 94.
Sonntag den ganzen Tag geöffnet.

Schulranzen!

Größte Auswahl. Billigste Preise.
officiert als Spezialität

A. Letschert Wiesbaden, Faulbrunnstrasse 10

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht,
daß unser liebes Kind

Emil

nach kurzem, schwerem Krankenlager im Alter von 15 Monaten
verschieden ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Frau Adam Zinn geb. Emmel
Adam Zinn z. Zt. im Felde
Familie Emmel.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 20. Oktober, nachm.
3 Uhr, vom Sterbehause, Jahnstrasse 10, aus statt.

Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Tode
unseres lieben Gatten und Vaters und allen denen, die ihm die
letzte Ehre erwiesen haben, besonders der Turngemeinde, dem
Männergesangsverein, der Allg. Ortskrankenkasse und dem kathol.
Kirchenchor sagen wir hiermit unseren innigsten Dank.

Schierstein, den 19. Oktober 1918.

Frau Kath. Schäfer und Kinder.

Gesangverein Sängerkunst.

Nachruf.

Nach kurzem Krankenlager verschied am 15. d. Mts.
unser Vorsitzender

Herr Karl Klein

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen treuen Freund
und Berater, dem das Wohl unseres Vereins stets am Herzen
lag. Wir werden seiner stets in Ehren gedenken.

Schierstein, den 19. Oktober 1918.

Der Vorstand.

Modernes Lichtspiel-Theater

im Saalbau „Deutscher Kaiser“.

Erstklassige Vorstellungen!

Sonntag, den 20. Okt., Anfang 4 und 8 Uhr:

Große Vorstellung.

Erstklassiges Großstadt-Programm:

1. Der feindliche Agent und seine Helfershelferin. Arlekinsdrama in 3 Akten.
 2. Negier, der König der Meere. Festspiel in 2 Akten.
 3. Schrecken der Wildnis. Wild-West-Drama.
 4. Ruliches Flug zur Front. Humoreske.
- Sie lernen wieder lachen bei dem Lustspiel: „Eine tolle Ratte“. 3 Akte.

Nachmittags 4 Uhr:

Große Kindervorstellung

zum ermäßigten Preise von 35 Pfg.

Franz Gippert.

Unterstützungskasse „Einigkeit“

Sonntag, den 27. Oktober nachm. 4 Uhr,
findet die vierzehnjährige

Mitgliederversammlung

statt mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren.
2. Entlastung des Vorstandes.
3. Aufnahmen.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Photographisches Atelier Biebrich a. Rh., Rathausstr. 76

ist neu eröffnet worden. Für tatelose Bilder jeder
Art leisten wir Garantie. Vergrößerungen nach
jedem Bilde.

Um geneigten Zuspruch bitten höflich.

Münch & Hilge.

Bekanntmachung.

Um die zur Versorgung der Bevölkerung und des
Heeres mit Kartoffeln und anderen Lebensmitteln, sowie
mit Kohlen erforderlichen zahlreichen Transporte be-
wältigen und den gewaltigen Anforderungen der Heeres-
verwaltung genügen zu können, werden die in den
Fahrplänen mit einem „als bis auf weiteres ver-
kehrend“ bezeichneten Züge für einige Zeit nicht mehr
gefahren. Es ist daher dringend geboten, daß alle nur
irgend vermeidlichen Reisen während dieser Zeit unter-
bleiben. Von der Einsicht Aller wird erwartet, daß
diese ernste Mahnung gewissenhaft beachtet, und dadurch
scharfere Maßnahmen zur wirksamen Beschränkung des
Reiseverkehrs ferngehalten werden.

W a i n z, den 16. Oktober 1918.

Königlich Preussische u. Großherzoglich Hessische
Eisenbahndirektion.

Für die mir überbrachten Glückwünsche
und Geschenke vonseiten der Firma Rheinhütte,
sowie den Beamten und meinem Arbeitskollegen
zu meinem 40-jährigen Arbeitsjubiläum sage
ich Allen auf diesem Wege meinen herzlichsten
Dank.

Magazin-Verwalter Peter Berg.

Adventsgemüsepflanzen

in Wirsing, Weiß-, Rot- und Spitzkraut in bester rei-
bewurzelter Ware abzugeben.

Gärtner Rasper, Schierstein,
Walluferstraße 11.

Evgl. Kirchengemeinde.

Infolge Ablebens unseres langjährigen Rechners
ist die Stelle des

Kirchenrechners

neu zu besetzen. Bewerbungen sind an Pfarrverweser
Schreiber, Karlstr. 7, zu richten, der auch nähere Auskunft
erteilt.

Trauer-Drucksachen

in vornehmer Ausführung, auf Wunsch
in wenigen Stunden, liefert

Buchdruckerei W. Probst.